



N i e d e r s c h r i f t

über die 15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 05.09.2022

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:23 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Grantz

SPD

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Kurutlu

bis 18:06 Uhr

CDU

Frau Stadtverordnete Dertwinkel

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Herr Stadtverordneter Ventzke

Vertretung für Herrn Raschen

B 90 / DIE GRÜNEN

Herr Stadtverordneter Kaminiarz

Herr Stadtverordneter Labetzke

Fehlte entschuldigt

Herr Stadtverordneter Niedermeier

BIW

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Schröder

FDP

Herr Stadtverordneter Prof. Dr. Hilz, MdBB

Vertretung für Herrn Freemann

AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz, MdBB

Ferner anwesend:

Herr Albrecht

Amt 37

Herr Dreimann

Amt 37 / PR

Herr Gehrke

Nordsee-Zeitung

Herr Jongeling

Amt 37

Frau Laue

OPB

Herr Makel	Amt 37
Herr Tiedemann	OPB
Herr Timmler	Amt 37
Herr Wall	OPB / PR
Herr Kieck	GPR
Frau von der Hensen	Nordsee-Zeitung

Schriftführung

Frau Berndt
Frau Mahlstedt

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortschaftsbehörde:	Herr Ortgies
Bürger- und Ordnungsamt:	Herr Herbrig
Feuerwehr:	Herr Cordes

Herr Grantz eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Es gibt keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2. Gemeinsamer Teil

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 14. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 14.06.2022 **I 45/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift mit drei Enthaltungen in der vorgelegten Fassung unter der Maßgabe, dass auf dem Protokoll das unentschuldigte Fehlen auf entschuldigtes Fehlen von Herrn Timke korrigiert wird, da er sich vor der o. g. Sitzung schriftlich beim Ausschussvorsitzenden per Mail abmeldete. Herr Grantz bittet alle Ausschussmitglieder darum, sich künftig rechtzeitig abzumelden ggf. eine Vertretung anzumelden und zeitgleich die Schriftführung darüber zu informieren.

2.2. Terminplanung für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit im Jahr 2023 **I 49/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

2.3. Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV **I 46/2022**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4. Bereich Feuerwehr

4.1. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

4.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

4.3. Berichte der Feuerwehr

4.3.1. Sachstandsbericht I 51/2022 Neubau eines Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf in der Labradorstraße

Herr Grantz teilt mit, dass sowohl der Zeitplan, als auch der bekannte Kostenrahmen noch aktuell sind und er damit rechnet, dass im November mit der Grundsteinlegung begonnen werden kann.

Auf Nachfrage von Herrn Kaminiarz, um wie viel teurer das Vorhaben wird, antwortet Herr Grantz, dass die Finanzierung gesichert ist und die Anfragen für die Submission rausgegeben wurden. Die Ergebnisse liegen noch nicht vor, sodass eine abschließende Kostenbeurteilung zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgenommen werden kann.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.3.2. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen I 52/2022

Herr Grantz erläutert zur Vorlage, dass aufgrund der konjunkturbedingt zurückgehenden Bauvorhaben davon ausgegangen wird, nun doch ein geeignetes Büro für die Ausschreibung des Architektenwettbewerbs zu gewinnen. Im Anschluss an den Architektenwettbewerb soll dann das Verfahren zur Bauleitplanung durchgeführt werden, die Beschlüsse der zuständigen Deputation in Bremen liegen entsprechend vor. Mit einem Baubeginn wird frühestens in zwei Jahren gerechnet.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

4.3.3. Sachstandsbericht Projekt Telemedizin in der IRLS I 55/2022

Herr Grantz führt aus, dass dieses Projekt ein deutlicher Schritt für ein zukunftsfähiges System der Notfallrettung ist. Mehrere Modellvorhaben wurden in unterschiedlichen Rettungsdienstbereichen in Deutschland bereits durchgeführt und positiv bewertet. Zur weiteren Entwicklung wird fortlaufend darüber berichtet. Herr Grantz geht davon aus, dass eine Refinanzierung über die Kostenträger erfolgt.

Frau Kirschstein-Klingner fragt, wann eine Umsetzung des Projektes möglich ist. Herr Grantz antwortet, dass mit der Umsetzung im nächsten Jahr gerechnet wird, da eine Abstimmung mit den Vertragspartnern noch aussteht. Ein komplettes Modell wird dann im Ausschuss vorgestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

4.3.4. Sachstandsbericht Entwicklung Einsatzzahlen in der IRLS I 56/2022

Herr Grantz führt aus, dass dieses Projekt ein deutlicher Schritt für ein zukunftsfähiges System der Notfallrettung ist. Mehrere Modellvorhaben wurden in unterschiedlichen Rettungsdienstbereichen in Deutschland bereits durchgeführt und positiv bewertet. Zur weiteren Entwicklung wird

fortlaufend darüber berichtet. Herr Grantz geht davon aus, dass eine Refinanzierung über die Kostenträger erfolgt.

Frau Kirschstein-Klingner fragt, wann eine Umsetzung des Projektes möglich ist. Herr Grantz antwortet, dass mit der Umsetzung im nächsten Jahr gerechnet wird, da eine Abstimmung mit den Vertragspartnern noch aussteht. Ein komplettes Modell wird dann im Ausschuss vorgestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

4.3.5. Sachstandsbericht über die Kostenentwicklung im Rahmen des Schiffsbrands der MS „Lascombes“

I 58/2022

Herr Grantz erläutert, dass die möglichen Kostenträger bzw. Zuständigkeiten in der Vorlage ausführlich dargestellt wurden. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht vollständig abgeschlossen, sodass noch offen ist, ob die Verantwortlichen in irgendeiner Form vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt haben.

Herr Grantz erläutert weiterhin die Abrechnungsmodalitäten des Vertrages zur Sicherstellung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Rettungsdienstes im stadtbremischen Überseehafengebiet, dem Hafenvertrag. Neben den Personalkosten werden hier auch Sachkosten entsprechend finanziert. Die Refinanzierung der Sachkosten erfolgt anteilig auch durch Bremen über einen festgelegten Schlüssel. Diese Berechnungsmethode erfolgt über Durchschnittswerte der letzten Jahre, insofern kann es bei wenig Einsätzen im Hafengebiet durchaus auch positiv sein. Er erläutert weiterhin, dass dies hier ein Zwischenbericht ist und die Verwaltung weiter alle Möglichkeiten zur Refinanzierung des Einsatzes verfolgt. Zum Beschlussvorschlag ergänzt Herr Grantz, dass hier der auch nicht ganz unberechtigte Einwand berücksichtigt werden muss, ob eine entsprechende Regelung ggfs. Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens hat.

Herr Ventzke fragt detailliert zur Versicherung der Ladung durch den Reeder und eine gegebenenfalls hieraus resultierende Versicherungspflicht für Folgeschäden nach. Herr Cordes erläutert hierzu die Problematik der fehlenden Gefährdungshaftung für den Reeder, eine Versicherung wird durch den Reeder für derartige Fälle voraussichtlich nur abgeschlossen werden, wenn im Brandschutzgesetz eine Gefährdungshaftung für Schiffe etabliert wird. Diese gibt es im Land Bremen derzeit nur für Kfz, lediglich zwei Bundesländer haben diese Gefährdungshaftungsregelung in ihren Brandschutzgesetzen aufgenommen.

Herr Timke kritisiert die Haltung Bremens, dass diese Kosten für diese wirklich außergewöhnliche Lage nicht übernommen werden und bittet den Oberbürgermeister um weitere Klärung mit Bremen. Herr Grantz antwortet, dass er zusammen mit der Stadtgemeinde Bremen und dem Bundesland Bremen das Interesse habe, nach Möglichkeit andere Dritte in Anspruch nehmen. Allerdings ist die Klärung der Brandursache zunächst zu klären.

Herr Labetzke bedankt sich für die Vorlage, die sachlich die Handlungsoptionen aufzeigt. Er fragt zum Sachstand des Ermittlungsverfahrens und bittet um Erläuterung, mit wem in Bremen zur Kostenübernahme verhandelt worden ist.

Herr Cordes erläutert hierzu, dass bei Betrachtung des Einsatzgeschehens in Bremerhaven im Verhältnis zum stadtbremischen Überseehafengebiet die bestehende Regelung zur anteiligen Übernahme von Sachkosten insgesamt eher positiv zu bewerten ist. Alternativ zur bestehenden Regelung wäre ansonsten nur eine Einzelfallabrechnung möglich, hieße aber auch, dass dann keine anteilige Finanzierung Bremens für Einsätze im Stadtgebiet Bremerhaven mehr erfolgen würde.

Herr Kaminiarz fragt nochmals detailliert zu den Regelungen des bestehenden Hafenvertrages bezüglich der Finanzierung.

Herr Cordes entgegnet, dass zunächst Personalkosten berechnet werden, im Detail wird das Personal zur Besetzung von 10,5 Funktionsstellen 24/7 berechnet. Hierfür werden ca. 55 Einsatzkräfte benötigt. Diese Zahl wird im Verhältnis zur Anzahl der Einsatzbeamten gesamt der Feuerwehr Bremerhaven gestellt. Der entsprechend hieraus resultierende prozentuale Anteil (ca. 20 %) wird dann auch auf die Sachkosten und investiven Kosten angewendet. Für diesen

Bereich werden dann zur Vermeidung von jährlich starken Abweichungen Durchschnittswerte über jeweils 5 Jahre gebildet.

Herr Grantz beurteilt diese Regelung als „Mischkalkulation“ nach wie vor als fair und sieht auch bei Betrachtung der Einsatzzahlen einschließlich der Großeinsätze im Stadtgebiet Bremerhaven kein gestörtes Verhältnis.

Herr Jürgewitz fragt, ob in den 650.000 € bereits Entsorgungskosten enthalten sind. Weiterhin merkt er an, dass die bisherige Berichterstattung zumindest eine Einschätzung der groben Fahrlässigkeit nahelegen muss und damit der Reeder in der Verantwortung steht. Insofern fragt er weiterhin, ob das Schiff noch in Bremerhaven ist und ob es ggfs. quasi als Pfand an die Kette gelegt werden kann.

Herr Grantz entgegnet, dass das Ermittlungsverfahren bei der Kriminalpolizei abzuwarten ist. Das Löschwasser ist Bestandteil der Wiederinstandsetzung des Schiffes, dieses ist nicht Bestandteil der benannten Kosten. Für die Wiederinstandsetzung wurde der Auftrag an die Lloydwerft vergeben.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den dargestellten Sachstand zur Kostenentwicklung im Rahmen des Schiffsbrandeinsatzes auf der MS „Lascombes“ zur Kenntnis.

Gleichzeitig bittet der Ausschuss für öffentliche Sicherheit den Magistrat und die Feuerwehr, auf ihren jeweiligen Gesprächsebenen im Land Bremen darauf hinzuwirken, dass im BremHilfeG ein Passus etabliert wird, der eine Heranziehung zu den Kosten für Brandeinsätze der Feuerwehren bei Wasser- und Luftfahrzeugen im Rahmen einer Gefährdungshaftung zulässt.

4.3.6. Bericht zu Patientenzuweisungen im Rettungsdienst I 54/2022

Herr Grantz erklärt, dass eine leichte Tendenz zu zurückgehenden Zuweisungszahlen bei AMEOS zu erkennen ist. Zu den Ursachen und daraus resultierenden Maßnahmen müssen aber zunächst weitere Gespräche geführt werden.

Herr Hoffmann bittet um eine Aufstellung über den interdisziplinären Versorgungsnachweis IVENA, wie oft sich die zentralen Aufnahmen in den Krankenhäusern abmelden und wie die Belastungen dann für den Rettungsdienst sind.

Herr Cordes antwortet, dass er solch eine detaillierte Aufarbeitung nicht zusichern kann, da einerseits die Krankenhäuser für die Dokumentation jeweils eigenverantwortlich sind, andererseits aber auch nur die Abmeldung von Fachrichtungen erfasst wird und nicht die Abmeldung von Notaufnahmen. Auswertbar ist voraussichtlich die Anzahl von Intensivverlegungen zwischen den Häusern, weitere Auswertungsmöglichkeiten müssen geprüft werden. Herr Hoffmann erklärt sich damit Einverstanden.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zu den Patientenzuweisungen zur Kenntnis.

4.3.7. Bericht zur Gewalt im Rettungsdienst erstes Halbjahr 2022 I 57/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.3.8. Umsetzung Brandverhütungsschau I 53/2022

Herr Grantz erklärt, dass hier neue gesetzliche Regelungen zu erwarten sind, in der Folge wird ein Verfahren für die Ortsgesetzgebung angestrengt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Das Dezernat I wird gebeten, federführend über die Feuerwehr, das Verfahren der Ortsgesetzgebung in enger Abstimmung mit dem Bauordnungsamt nach abschließender Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung einzuleiten.

4.4. Verschiedenes

Herr Grantz bittet Herrn Cordes um Mitteilung zu der heutigen Unfallsituation in der Friedrich-Ebert-Straße. Herr Cordes erläutert den Einsatz, es handelte sich um einen Busunfall mit mehreren Verletzten und einem hohen Kräfteinsatz von Polizei und Feuerwehr in direkter Umgebung einer Schule. Die Erstmeldungen waren nicht ganz eindeutig, daraufhin wurde unter dem Stichwort „Massenanfall von Verletzten“ eine größere Anzahl von Rettungsmitteln und Einsatzkräften alarmiert. Vor Ort ist nach der Erstsichtung bereits eine leichte Entwarnung gegeben worden. Insgesamt hat der Einsatz 1,5 Stunden gedauert. 13 Verletzte, davon 10 Leichtverletzte wurden präklinisch versorgt und transportiert.

Herr Grantz fragt Herrn Ortgies nach Ergänzungen zum Unfallhergang. Herr Ortgies möchte zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht Stellung nehmen.

Herr Timke fragt Herrn Cordes ob es zutrifft, dass bei Übungen der Feuerwehr auf dem Feuerwehrgelände Löscher ohne Schaum verwendet werden und wenn ja, aus welchem Grund keine Schaumlöscher mehr verwendet werden.

Herr Cordes muss diese Antwort dezidiert erstmal offenlassen, liefert sie aber gerne nach. Herr Cordes sagt Herrn Timke eine E-Mail mit der entsprechenden Antwort zu.

Herr Kaminiarz hat noch eine Frage zum Projekt „Mobile Retter“. Am 24.06.2022 wurde der Projektstart für Bremerhaven vorgestellt. Vor ein paar Tagen wurde er angesprochen von jemandem, der sich dort hat eintragen lassen. Er wurde gefragt, wann es denn endlich losgehe. Herr Kaminiarz regt an, dass man alle, die sich in Bremerhaven freiwillig eingetragen haben, informiert.

Herr Cordes erklärt, dass dieses über den Betreiber „Mobile Retter“ veranlasst wurde, weil es auch im Landkreis Irritationen über die Presseberichterstattung gab.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

5. Bereich Katastrophenschutz

5.1. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

5.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5.3. Berichte vom Katastrophenschutz

5.3.1. Neue Katastrophenschutzordnung Bremerhaven

I 59/2022

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der neuen Katastrophenschutzordnung zur Kenntnis.

5.3.2. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

I 60/2022

Frau Köhler-Treschok fragt, wann die Bevölkerung konkret über den aktuellen Sachstand der Sirenen informiert wird.

Herr Grantz legt dar, dass fortlaufend bis zum 8. Dezember unterrichtet wird. Am 8. Dezember findet ein weiterer bundesweiter Warntag statt. Bis dahin wird die Gesamtbevölkerung über alle Medien sensibilisiert

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.4. Verschiedenes

Herr Grantz kündigt an, dass in der nächsten Sitzung zum Thema der aktuellen Situation des Geeste-Sperrwerkes berichtet wird. Zum Planungsstand teilt er mit, dass bremenports verantwortlich ist. Die Stadtgemeinde möchte eine Überquerung für Fußgänger und Fahrradfahrer innerhalb dieses Bereiches. Hierzu ist eine Machbarkeitsstudie fertiggestellt, sie wird in Kürze auch die Gremien erreichen. Es werden zwei unterschiedliche – wenn die Politik das mit Mehrheit begleitet – Planfeststellungsverfahren.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

6. Bereich Polizei

6.1. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

6.2. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6.3. Berichte der Polizei

6.3.1. Bericht zur Einbruchskriminalität

I 47/2022

Herr Grantz hebt hervor, dass die Zahlen rückläufig sind, zum Anfang des Jahres jedoch noch sehr hoch waren. Herr Ortgies führt hierzu weiter aus, dass die anfängliche Steigerung von 75% auf 58 % zurückgegangen ist. Die Steigerung wird somit kleiner und es ist absehbar, dass die Steigerung zur nächsten Ausschusssitzung noch geringer ausfallen wird. Mögliche Ursachen hierfür sind u. a. die starke Zunahme der Versuchsquote und die Stellung von Intensivtätern.

Herr Timke fragt nach, ob was zu den gestellten Tätern gesagt werden? Herr Ortgies äussert sich dahingehend, dass es sich um örtlich agierende Täter handelt, verweist jedoch auch auf eine Aufklärungsquote von 15 %. Herr Timke bittet darum, zur nächsten Sitzung eine Übersicht aller Einbrucharten zu erhalten Herr Ortgies erinnert an den Beschluss, den WED hier in der Ausschusssitzung zur Regelberichterstattung zu erheben, weil der WED eine ganz besondere Auswirkung auf die Opfer hat und dies der Wunsch des Ausschusses war. Im Rahmen der jährlichen PKS wird immer auch auf die Gesamtkriminalität und ihre Entwicklung geschaut, insbesondere auf bestehende Zusammenhänge.

Herr Jürgewitz fragt nach dem Verhältnis Kellereinbrüche zu WED. Herr Ortgies trifft eine grobe Aussage, dass die Kellereinbrüche im Verhältnis von der Anzahl ungefähr die doppelte Fallzahl zu verzeichnen sind und weist hier u. a. auf die Unterscheidung von Versuch und Vollendung.

Herr Timke betont nochmal die Wichtigkeit der Betrachtung der Zahlen anderer Einbrucharten. Herr Grantz macht nochmal auf die jährliche PKS aufmerksam und fragt den Ausschuss, ob darüber abgestimmt werden soll, künftig zusätzlich über weitere Einbruchzahlen zu berichten.

Herr Labetzke sieht diese Maßnahme und die Deliktfelder als zu Kleinteilig und spricht sich gegen eine weitere detaillierte Berichterstattung aus. Frau Schröder stimmt der Aussage von Herrn Labetzke zu.

Herr Ventzke und Frau Köhler-Treschok sehen den Arbeitsaufwand als nicht gerechtfertigt. Frau Kirschstein-Klingner stimmt der Aussage von Herrn Labetzke ebenfalls zu und sieht die OPB jederzeit in der Lage, geforderte Fragen zu bestimmten Zahlen zu beantworten, wenn Bedarf besteht ohne jetzt einen weiteren Arbeitsaufwand zu erzeugen.

Herr Jürgewitz sieht gerade aufgrund der hohen Fallzahlen zu Kellereinbrüchen die Wichtigkeit dieses Themas und stimmt dem Antrag von Herrn Timke zu.

Es wird darüber abgestimmt, ob eine weitere kleinteiligere Berichterstattung zu allen Einbruchszahlen gewünscht wird. Herr Timke korrigiert, dass sein Antrag lautete, dass zur nächsten AÖS die Anzahl der Gesamteinbrüche für das Jahr 2021 aufgelistet werden könnten. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

6.3.2. Bericht zu Gewalt gegen Polizeibeamte

I 48/2022

Herr Grantz erwähnt hier die traurige Tendenz und gibt zugleich einen positiven Ausblick aufgrund einer gemeinsam geplanten Kampagne der Ortpolizeibehörde mit der Feuerwehr und der Staatsanwaltschaft zusammen, für die ein Budget in Höhe von 40 TEUR hinterlegt wurde und im Herbst starten wird.

Frau Schröder fragt hierzu nach der Art der Personen, die diese Gewalttaten ausüben. Herr Ortgies vermittelt lediglich Eindrücke und verweist hier u. a. auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und auf den Rückgang von Vertrauen in der Bevölkerung gegenüber der Polizei, der für einen Anstieg von Widerständen oder Tätigkeiten gegen Polizeivollzugsbeamte gesorgt hat. Einen positiven Effekt sieht Herr Ortgies u. a. im Bereich der Ausbildung und der Führungs- und Einsatzmittel, die der OPB zur Verfügung stehen, dass die Anzahl der gravierend verletzten Kolleg:innen deutlich zurückgegangen ist.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

6.3.3. Mündlicher Bericht zu den Ereignissen rund um das Lloydgymnasium durch Herrn Marc Tiedemann

Herr Grantz bedankt sich bei Herrn Tiedemann für den Vortrag und betont nochmal die gute Zusammenarbeit zwischen der Ortpolizeibehörde und der Feuerwehr. Herr Grantz sieht auch die Erforderlichkeit, das Thema Pressearbeit aufzuarbeiten. Aus Sicht des Ausschussvorsitzenden wird die Öffentlichkeitsarbeit in besonderen Lagen wie diese besonders erschwert, insbesondere was das Gegensteuern von Falschmeldung in den sozialen Medien angeht.

Herr Jürgewitz fragt nach der Zusammenarbeit mit den Polizeien im Umland, wie Geestland und Schiffdorf, ob da Unterstützungskräfte hätten angefordert werden können. Herr Tiedemann erläutert hier die sehr gute Zusammenarbeit mit den überörtlichen umliegenden Polizeien.

Herr Kaminarz richtet einige Fragen zum Einsatzablauf, zur medizinischen Versorgung der verletzten Person und zur Arbeit des Einsatzdienstes und des SEK's, die Herr Tiedemann entsprechend im Bereich des Möglichen beantwortet.

Der Ausschuss bittet darum, die Präsentation als Anlage dem Protokoll beizufügen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

6.3.4. Bericht zu Gewalt gegen Beschäftigte des Außendienstes

I 61/2022

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

6.3.5. Bewilligung eines 1,0 üpl. anerkannten Bedarfes für die DV-Anwendungsbetreuung des Bürger- und Ordnungsamtes

I 50/2022

Herr Timke sieht diese Vorlage als nicht gerechtfertigt und verweist hier auf die Möglichkeit, dass der Magistrat im Rahmen der Haushaltsberatung 2022/2023 diesen Bedarf hätte anmelden müssen und verweist auf vorliegende Rechtsprechungen, nach welchen Kriterien überplanmäßige Bedarfe einzustellen sind. Da es sich hier um einen Ruhestand und eine rechtzeitige Einarbeitungszeit handelt und dieser Antrag somit nicht gerechtfertigt ist, wird seitens der BIW diesem Antrag nicht zugestimmt.

Herr Herbrig erklärt, dass der P&O Ausschuss diese Personalstärkung bereits in seiner letzten Ausschusssitzung bewilligt hat. Im Zuge der HH-Beratung war dieser Bedarf noch nicht

absehbar, da der Zeitpunkt des Wechsels in den Ruhestand zu genanntem Zeitpunkt noch nicht feststand.

Herr Labetzke verweist hier auf die sich selbsterklärende Vorlage, aus der die Begründung für diesen Mehrbedarf gründlich und vollständig hervorgeht.

Frau Kirschstein-Klingner setzt sich für eine vernünftige und rechtzeitige Einarbeitung ein.

Herr Ventzke betont die Wichtigkeit der Einarbeitung einer neuen Kraft.

Herr Jürgewitz verweist hier auf die Möglichkeit einer Abordnung des einzuarbeitenden Kollegen, wenn dieser innerhalb des Magistrats den Arbeitsplatz wechselt. Herr Herbrig argumentiert hier mit dem erfolgten Ausschreibungsverfahren und dass die neue Arbeitskraft extern eingestellt wird und somit eine Rechtfertigung dieser Vorlage darstellt.

Herr Timke ist der Meinung, dass mit diesem Bedarf unrechtmäßig gehandelt wird.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis und stimmt dem überplanmäßig anerkannten Bedarf mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung zu.

6.3.6. Beantwortung einer Anfrage des Stadtverordneten Jürgewitz zur Entwicklung von Geschwindigkeitsmessungen und Unfallzahlen I 62/2022

Herr Labetzke bezieht sich aus der Beantwortung heraus auf die genannten Zahlen von Autounfällen und die genannte Hauptursache, der Geschwindigkeitsüberschreitung, und regt an, über eine grundsätzliche Geschwindigkeitsreduzierung nachzudenken.

Herr Herbrig verweist auf die Straßenverkehrsordnung, die das festgelegte Geschwindigkeitsniveau regelt und darüber hinaus eine hohe Anzahl von Tempo 30 km/h-Zonen sowie verkehrsberuhigte Bereiche im Stadtgebiet vorhanden sind.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

6.4. Verschiedenes

Frau Köhler-Treschok gibt mündliche Beschwerden von Bürgern Bremerhavens wieder, dass Terminvergaben beim Bürger- und Ordnungsamt zwischen 7 und 8 Uhr sehr schwierig seien und lange Wartezeiten von bis zu 3 Monaten vorhanden seien.

Herr Herbrig kann das nicht bestätigen und bezieht sich in seiner Beantwortung auf die Anpassung interner Prozesse nach dem Umzug des Bürgerbüros ins Geestbankhauses im letzten Jahr. Eine Vielzahl von Dienstleistungen können auch ohne Terminvereinbarung erledigt werden. Ansonsten ist auffällig, dass sich das Kundenverhalten geändert hat und mehr spontane Besuche erfolgen. Langfristige Termine sind buchbar, aber auch kurzfristige Tagetermine können ebenfalls vorgenommen werden. Ein aktueller Blick in den Buchungskalender zeigt auch, dass zum Beispiel in den nächsten beiden Tagen noch freie Terminkapazitäten vorhanden sind, ohne dass die jeweiligen Tagetermine für Spontankunden freigeschaltet waren.

Herr Timke trägt Beschwerden von Anwohnern und Geschäftsinhabern vor, über die unhaltbaren Zustände im Gebäude des Hanse-Caré in der Bürger, in denen ständige Drogen und Saufgelage stattfinden und dies zu einer Grundverunsicherung führt und bittet zum nächsten Ausschuss um einen Bericht darüber, wie die Polizei mit diesem Thema umgeht und wie häufig die Polizei dort einschreiten musste und Platzverweise erteilen musste. Gleichzeitig geht die Bitte an das Ordnungsamt, wie viele Beschwerden hierzu an das Ordnungsamt herangetragen wurden und die Kollegen einschreiten musste. Herr Grantz sagt hierzu aus ordnungspolitischer Sicht eine Stellungnahme in der nächsten AÖS zu.

Herr Timke bezieht sich auf eine Anfrage in der StVV zum Thema MPU's und stellt hierzu fest, dass die festgestellten Fahrten unter Alkoholeinfluss nicht wesentlich höher waren als unter illegalen Drogen. Zur nächsten Ausschusssitzung bittet Herr Timke um einen Bericht über Fahrten unter Drogeneinfluss, welche Drogen waren das? ist sie schneller erreichbar? Warum sind die Zahlen ziemlich gleich sind.

Herr Timke berichtet von einem Parkproblem in der Postbrookstraße, in der Beschäftigte und Besucher des Klinikums parken und nun befürchtet wird, dass die Durchfahrt von Einsatzzügen dadurch gehindert werden könnte. Darüber hinaus befindet sich dort eine 20 Meter Parkverbotszone. Herr Herbrig antwortet, dass diese Parkverbotszone für Bremerhaven Bus angelegt wurde, aufgrund von Problemen mit dem Begegnungsverkehr. Die Problematik mit dem Rettungsdienst während der Durchfahrt in dieser Straße ist nicht bekannt. Viele Anfahrten erfolgen auch über den Vörtelweg. Dass es einen Verdrängungswettbewerb auf bewirtschafteten Parkplätzen der umliegenden Straßen gibt, kennt man auch aus anderen Bereichen.

Eine weitere Frage stellt Herr Timke an das Bürger- und Ordnungsamt bezüglich der Einfahrt am Scheirholzweg von der Spadener Straße aus, die mit einer durchgezogenen Mittelspur versehen ist und von Fahrzeugen oft zugeparkt wird, ob hier seitens des Ordnungsamtes mal gehandelt wurde. Herrn Herbrig ist diese Problematik nicht bekannt und wird der Sache nachgehen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Herr Grantz schließt um 18:23 Uhr die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit.

Vorsitzender

gez. Grantz
Oberbürgermeister

Schriftführerin Bereich Polizei

gez. Berndt

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

gez. Mahlstedt